

# Auf der Suche nach Nischen in der Weltgesellschaft

Der aktuellen politischen Mythologie zufolge setzte die Globalisierung in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts ein und ist heute dabei, den Nationalstaat als politische Organisationsform obsolet zu machen. In Wirklichkeit ist weder die Globalisierung neu, noch der Nationalstaat überholt. **WOLFGANG STREECK** skizziert, wie sich das System der Nationalstaaten im Umgang mit komplexen Koordinierungsproblemen in einer weltweit ausdifferenzierten Sozialstruktur lediglich verändert hat.

Eine globale Weltgesellschaft besteht spätestens seit Ende des 15. Jahrhunderts. Damals trafen die beiden Zweige der Menschheit, die sich von Afrika ausgehend über den Globus verbreitet hatten, in der heutigen Karibik wieder aufeinander. Mit der Eroberung des späteren Mexico City durch spanische Truppen 1521 begann dann eine den Erdball umfassende Weltpolitik – mit vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Wechselwirkungen zwischen Völkern und Kontinenten: Das Gold der Azteken beschleunigte den Übergang zur Geldwirtschaft in Europa und damit zum Kapitalismus. Die überlegene Landwirtschaft der amerikanischen Indianer veränderte die Essgewohnheiten und prägte die nationalen Esskulturen der Europäer (keine deutsche Küche ohne Kartoffeln, keine italienische ohne Tomaten oder Mais).

Und als das britische Weltreich das spanische abgelöst hatte, konnte Karl Marx schon 1848 im Kommunistischen Manifest von einem „Weltmarkt“ sprechen, der „die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet“ habe: „Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien (...), die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den

entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden (...) An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt (...) eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

In Wirklichkeit also begann die Globalisierung vor der Bildung von Nationalstaaten. In Europa verlief sie parallel zu einem anderen weltgeschichtlichen Prozess, den die soziologische Theorie als Modernisierung bezeichnet: die Ausdifferenzierung sozialer Ordnungen in funktional spezialisierte und dadurch aufeinander angewiesene Teilsysteme. Schon die Klassiker wussten, dass funktionale Differenzierung – das, was Adam Smith, Karl Marx und Emile Durkheim als Arbeitsteilung bezeichneten – eng mit der territorialen Reichweite der sozialen Beziehungen zusammenhängt. Das Ausmaß der Arbeitsteilung, so Smith in *The Wealth of Nations*, wird bestimmt von der Größe des Marktes. Die Entstehung der Nationalstaaten wurde denn auch von den Klassikern zunächst durchaus als Prozess der Vereinheitlichung, Zentralisierung und Ausweitung sozialer Zusammenhänge verstanden und begrüßt. ▶

ILLUSTRATION: CORBIS





Allerdings sahen sie darin nicht mehr als ein kurzes Zwischenstadium im Übergang zu einer Weltwirtschaftsgesellschaft, in der für die Autoren des Kommunistischen Manifests, ebenso wie letzten Endes für Smith, partikulare staatliche Herrschaft keinen Platz mehr hatte. Der Aufstieg des modernen Nationalstaats zur dominierenden Form sozialer Ordnung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts musste deshalb Liberalen wie Sozialisten als erstaunlicher Rückfall gegenüber dem mit dem Fortschritt der Industrialisierung längst erreichten Niveau weltgesellschaftlicher Integration erscheinen. Die meisten Fachleute stimmen darin überein, dass die Entstehung der Nationalstaaten als eine erste Antwort auf die mit funktionaler Differenzierung verbundenen Koordinierungs- und Integrationsprobleme verstanden werden muss. Um das reibungslose Zusammenwirken der voneinander abhängigen spezialisierten Subsysteme der modernen Gesellschaft zu gewährleisten, nutzte das 19. Jahrhundert den durch Bürokratisierung rationalisierten Feudalstaat als Instrument partieller – genauer: segmentärer – Re-Integration.

### Ein vollständiger Mikrokosmos der Moderne

Der Apparat des entstehenden Nationalstaats ermöglichte die Koordinierung der ausdifferenzierten Teilsysteme einer Gesellschaft, die tendenziell bereits eine Weltgesellschaft war, indem er diese in lokale Segmente unterteilte. Jedes einzelne davon enthielt im Prinzip alle funktionalen Teilsysteme der Moderne als nationale Teilsysteme, verstand und organisierte sich als funktional vollständiger Mikrokosmos der modernen Wirtschaftsgesellschaft – mit eigener Industrie, eigenen Strom-, Eisenbahn- und Telefonnetzen, einem eigenen Wissenschaftssystem, eigener Zivilreligion oder eigener Armee mit allen drei Waffengattungen. Zugleich war jedes Segment klein genug, um mit den hierarchischen Mitteln bürokratischer Kontrolle, unterstützt von nationalistisch-partikularistischen Identifikationen der Bürger mit ihrer jeweiligen *imagined community*, durch kontinuierliche autoritative Abstimmung seiner Teilsysteme zusammengehalten und gesteuert zu werden.

Mit anderen Worten: Der Nationalstaat löste das Problem der Koordinierung der funktionalen Subsysteme der sich entwickelnden modernen Weltgesellschaft, indem er es gewissermaßen modularisierte und in interne Koordinierungsprobleme einer Vielzahl parallel operierender territorialer Subsysteme verwandelte. Nationalstaatliche Grenzen dienten dabei als „Interdependenzunterbrecher“ (Franz Xaver Kaufmann). Für die externe Koordinierung der nationalstaatlichen Segmente stand allerdings nichts Besseres zur Verfügung als

die Gleichgewichtspolitik des 19. Jahrhunderts. Wie die beiden großen Kriege des 20. Jahrhunderts gezeigt haben, ließ sich mit ihr die gerade wegen ihrer strukturellen Ähnlichkeit unvermeidliche Rivalität der nationalen Teilgesellschaften nicht unter Kontrolle halten. Hinzu kam, dass das Staatensystem der Zwischenkriegszeit ein krisenfreies

Zusammenwirken der Teilsysteme einer schon sehr weitgehend integrierten Weltwirtschaft nicht zu gewährleisten vermochte: Im Medium der Innen- und Außenpolitik einer Vielzahl souveräner und rivalisierender Territorialstaaten ließ sich Weltwirtschaftspolitik nur um den Preis nationaler politischer und weltweiter wirtschaftlicher Instabilität betreiben.

Allerdings hat das mehrmalige katastrophale Scheitern der nationalstaatlichen Organisation der Globalisierung weder den Nationalstaat diskreditiert, noch konnte es die Globalisierung bremsen. Im Gegenteil haben die beiden Weltkriege sie weiter vorangetrieben. Und anders als 1918 und wiederum 1945 von vielen erwartet, wurde durch diese Kriege der Nationalstaat nicht infrage gestellt. Vielmehr hatten sie jeweils eine deutliche Zunahme der Zahl der Nationalstaaten zur Folge sowie, nach 1945, deren flächendeckende globale Institutionalisierung als international obligatorische politische Organisationsform moderner Gesellschaften. Hatten die Vereinten Nationen bei ihrer Gründung noch 51 Mitglieder, so war deren Zahl – im Wesentlichen als Folge der Entkolonialisierung – im Jahr 1960 auf 82 gestiegen; 1973 lag sie bei 135, und 1988 zählte man 159. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens gehören der UNO heute 191 Staaten an, die das gesamte Territorium der Erde, mit sehr wenigen Ausnahmen, unter sich aufgeteilt haben.

Vielfältige separatistische Bestrebungen in aller Welt lassen erwarten, dass die Zahl der Nationalstaaten in den kommenden Jahren noch wachsen wird. Dabei scheint es für die Entstehung neuer oder das Überleben alter Nationalstaaten keine Mindestgrößen zu geben: So haben etwa Estland, Lettland und Litauen, die zusammen weniger Einwohner haben als Niedersachsen, nach 1989 nie daran gedacht, sich anders denn als selbstständige Nationalstaaten zu organisieren – und konnten als solche, ebenso wie Malta und Zypern oder andere kleine Länder, der Europäischen Union beitreten.

Begreift man die Herausbildung des globalen Systems souveräner Nationalstaaten als Moment eines dem Nationalstaat vorausgehenden Prozesses der gleichzeitigen Modernisierung und Globalisierung sozialer Ordnungen, so wird man aus dem Fortgang dieses Prozesses allein nicht mehr ohne weiteres auf ein bevorstehendes Ende des Nationalstaats schließen wollen. Rückblickend wird deutlich, dass das System der Nationalstaaten schon

immer eine Organisationsform der Weltgesellschaft war: eine institutionelle Architektur zur Bearbeitung komplexer Koordinierungsprobleme in einer längst weltweit ausdifferenzierten Sozialstruktur. Was wir heute als Globalisierung erfahren, ist deshalb nicht ein Übergang von nationalen Gesellschaften zu einer globalen Gesellschaft, sondern eine – wenn auch weitgehende – Reorganisation der letzteren. Veränderungen in Rolle und Funktionsweise des Nationalstaats müssen dabei im Kontext eines sich verändernden Verhältnisses zwischen interner Koordinierung innerhalb politischer Einheiten und externer Koordinierung zwischen denselben verstanden werden; treibende Kräfte sind dabei der Fortschritt der weltweiten Arbeitsteilung einerseits und die Eigenlogik der Evolution politischer Ordnungen und Institutionen andererseits.

Es ist oft bemerkt worden, dass Internationalisierung nationale Unterschiede einebnen kann. Auch der für die Öffnung der nationalen Volkswirtschaften erforderliche Abbau von Handelshemmnissen im weitesten Sinne kann diese Folge haben. Gleichzeitig lässt sich aber beobachten, dass Konvergenz häufig mit Divergenz einhergeht: Überall gibt es chinesische Restaurants, aber in jedem Land schmeckt chinesisches Essen anders. Deutsche Kartoffeln sind peruanischen sehr unähnlich, und Franzosen verstehen unter europäischer Integration etwas anderes als Iren oder Ungarn. Vor allem aber kann Konvergenz in einem Bereich Bemühungen um Divergenz in anderen auslösen – zur Verteidigung von Identität und Eigenständigkeit, aber auch, um einem allzu scharfen Wettbewerb unter Gleichen zu Gunsten von Austausch unter Verschiedenen aus dem Weg zu gehen.

Eben dieser Mechanismus, dessen fundamentale Bedeutung für die Struktur sozialer Ordnungen als erster Emile Durkheim beschrieben hat, scheint in der gegenwärtigen Phase der Globalisierung am Werk zu sein. Eine wichtige Rolle spielen dabei die von vielen totgesagten Nationalstaaten. Deren politisches Instrumentarium wird von den nach außen geöffneten nationalen Gesellschaften genutzt, um unter dem Druck des wachsenden internationalen Wettbewerbs ihre besonderen Stärken zu identifizieren und auszubauen. Globalisierung wird damit zu einem politisch vorangetriebenen Prozess der sektoralen Spezialisierung territorialer Wirtschaftsgesellschaften. Deren genaue Zusammensetzung folgt wirtschaftsgeographischen Prinzipien der Agglomerationsbildung, über die wir noch wenig wissen. Diese Prinzipien scheinen aber eher denen regionaler Ökonomien zu gleichen als jenen traditioneller Volkswirtschaften. In jedem Fall löst sich dabei die wirtschaftliche Arbeitsteilung aus ihrer Einbindung in parallele nationalstaatliche Koordinierungsregime und schreitet tendenziell zu einer weltweiten Arbeitsteilung fort, deren funktionale Unterheiten sich in unterschiedlichen nationalstaatlich organisierten Territorien konzentrieren.

Zumindest dort, wo es politisch verfassten territorialen Gemeinschaften gelingt, sich als Ausgleich für die verlorene Kontrolle über ihre Grenzen durch Ausbau ihrer komparativen Vorteile eine Nische in einer zunehmend offeneren und systemisch integrierten Weltwirtschaft zu sichern, ist deshalb heute nicht Konvergenz die beherrschende Tendenz der Globalisierung, sondern Konvergenz in Wechselwirkung mit Divergenz. Dabei nimmt interessanterweise in dem Maße, wie nationalstaatliche Einheiten aufhören, nach funktionaler Vollständigkeit zu streben, ihre Vergleichbarkeit ab (Arndt Sorge): Ziel staatlicher Politik ist ja nicht mehr, den anderen gleich, sondern anders als die anderen zu sein! An die Stelle von Homogenität potenziell autarker Teilsysteme tritt Komplementarität im Rahmen weltweiter Arbeitsteilung. Die frühere segmentäre Integration funktionaler Differenzierung im nationalstaatlichen Rahmen wird durch eine neuartige Verschränkung von politisch-territorialer und funktionaler Differenzierung abgelöst: Politisch organisierte territoriale Gemeinschaften spezialisieren sich auf ausgewählte Teilsysteme einer zunehmend funktional und immer weniger segmentär differenzierten Weltwirtschaft.

### Maßgeschneiderte Politik bringt Erfolg

Die Spezialisierung politisch organisierter territorialer Gemeinschaften auf bestimmte Sektoren folgt den Skalenökonomien sich ausdehnender weltweiter Märkte bis zu einem Punkt, wo die Kernsektoren eines Landes und deren Infrastruktur tendenziell die gesamte nationale Produktionskapazität beschäftigen. Sektoren ohne komparative Vorteile verschwinden; ihre Produkte werden importiert. Indem nationale Ökonomien sich auf internationale Marktnischen hin umstrukturieren, die im Idealfall nur sie bedienen können, suchen sie einen harten Preiswettbewerb zu Gunsten eines Substitutionswettbewerbs zu vermeiden, bei dem es vornehmlich auf die Fähigkeit zur Innovation ankommt – das heißt darauf, die Qualität der Produktion fortwährend an die Bedürfnisse der Abnehmer anzupassen.

Anders als im Mythos der Globalisierung unterstellt, kann dabei von einem Bedeutungsverlust staatlicher Politik keine Rede sein. Die Spezialisierung auf bestimmte Sektoren erfordert im Gegenteil eine integrierte, auf den Ausbau vorhandener komparativer Vorteile hin maßgeschneiderte nationale Wirtschafts-, Struktur-, Sozial- und Bildungspolitik. Sie verlangt ferner angepasste institutionelle Regelwerke – etwa für den Arbeitsmarkt –, die eine optimale Nutzung der nationalen Ressourcen zugunsten der jeweiligen Kernsektoren ermöglichen. So beruhte der Strukturwandel der Niederlande in den letzten beiden Jahrzehnten zum logistischen Zentrum des europäischen Kontinents auf dem Ausbau des Amsterdamer Flughafens und des Rotterdamer Hafens, der För-

derung einer hoch leistungsfähigen Speditionswirtschaft, einer dienstleistungsfreundlichen Tarif- und Steuerpolitik sowie nicht zuletzt auf hohen bildungspolitischen Aufwendungen zur Erhaltung der Vielsprachigkeit der Bevölkerung.

Ähnlich politisch gewollt war die rapide Umwandlung der irischen Volkswirtschaft in eines der wichtigsten Produktionszentren der amerikanischen Mikroelektronik-Industrie, um derentwillen wohl auch das unlängst verhängte Rauchverbot in irischen Pubs eingeführt worden sein dürfte. In diesen und anderen Fällen dient das Instrumentarium des Nationalstaats dazu, einheimische Sektoren mit komparativen Vorteilen zu identifizieren und ihren Wettbewerbsvorsprung mit oft einschneidenden politischen Maßnahmen zu verteidigen.

In der Literatur gibt es zahlreiche Versuche, die gegenwärtigen Veränderungen in der Funktionsweise des Nationalstaats auf einen Begriff zu bringen. Die Zunahme grenzüberschreitender sozialer Beziehungen, die dem regulierenden Zugriff des Nationalstaats entzogen sind, lässt manche von einer allgemeinen „Erosion von Staatlichkeit“ sprechen. Dies scheint jedoch nur zum Teil berechtigt. Wo nationale Gesellschaften auf den Verlust der Kontrolle über ihre Grenzen mit sektoraler Spezialisierung antworten, stützen sie sich auf einen nach wie vor höchst aktiven Staat.

### Wettbewerbsfähigkeit als oberstes Ziel

Allerdings ändert sich die Qualität von Staatlichkeit. In Bezug hierauf ist von einer Transformation des „Keynesianischen Sozialstaats“ der Nachkriegszeit in einen „Schumpeterianischen Wettbewerbsstaat“ die Rede, dessen wichtigstes Ziel die Sicherung internationaler Wettbewerbsfähigkeit sei. Freilich verbindet sich mit dem Begriff häufig die Vorstellung eines internationalen Unterbietungswettbewerbs, bei dem es vor allem darum gehe, welcher Staat sich am schnellsten seiner wohlfahrtstaatlichen Erbschaft zu entledigen vermag. Dies aber ist allenfalls eine mögliche Variante sektoraler Spezialisierung, deren Ziel – die Eroberung von Nischen innerhalb des entstehenden Systems weltweiter Arbeitsteilung – unter günstigen Bedingungen auch mit anderen Mitteln erreicht werden kann.

Doch setzt auch dies den umverteilenden und statussichernden Sozialstaat Kontinentaleuropas unter Druck – und zwar durchaus im Sinne einer Erosion des Staates, insoweit dieser als Agentur einer autoritativen Zuteilung von Werten fungiert. Gesellschaften im Prozess sektoraler Spezialisierung ähneln Konglomeraten, die sich auf ein Kerngeschäft fokussieren: Sie beenden die umverteilende Quersubventionierung schwacher zu Gunsten von Investitionen in die Leistungsfähigkeit starker, am Weltmarkt aussichtsreicher Sektoren. Sozialpolitik, die vorher aus dem Wettbewerb herausgenom-

men war oder dazu diente, dessen Resultate teilweise rückgängig zu machen, wird im Wettbewerbsstaat zum Standortfaktor: Sie dient nicht mehr der Korrektur, sondern der Akkommodierung von Märkten – weniger der „sozialen Gerechtigkeit“ als der Aktivierung und Qualifizierung flexibel einsetzbaren Humankapitals. Sozial- und Wirtschaftspolitik sind dabei immer schwerer zu unterscheiden. Ihr gemeinsames Ziel ist die Verbesserung der internationalen Marktgängigkeit der Gesellschaftsmitglieder und der Gesellschaft insgesamt.

Zu den überraschenden Konsequenzen der neuen Anforderungen an Binnenstruktur und auswärtige Politik von Nationalstaaten gehört, dass sich der herkömmliche Vorteil größerer gegenüber kleineren Ländern in sein Gegenteil zu verkehren scheint. Eine Ausnahme sind die Vereinigten Staaten, die zusätzlich zu ihrem sektoralen Monopol auf die Anwendung militärischer Gewalt verfügen und deshalb von jedem einzelnen ihrer Handelspartner weniger abhängig sind als dieser von ihnen. Die mittlere Größe eines Landes dagegen scheint zum Problem geworden zu sein. In den 90er-Jahren, dem Jahrzehnt der Reformen, waren die kleinen Länder Europas bei der Anpassung an die neuen globalen Bedingungen in der Regel erheblich erfolgreicher als die großen, insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien. Dies könnte daran liegen, dass kleine Länder nicht nur früher als große auf eine Strategie sektoraler Spezialisierung angewiesen sind, sondern sie auch leichter zu realisieren vermögen als Länder, deren Bevölkerung zu groß ist, um in einer kleinen Anzahl von Kernsektoren aufgehen zu können.

Das internationale System der Vergangenheit prämierte die Größe eines Landes. Wer nicht groß genug, wer kein „Machtstaat“ im Sinne Max Webers war, musste fürchten, von anderen beherrscht zu werden. Heute dagegen bedeuten Größe und Heterogenität eines Landes vor allem, dass sie Institutionen und Politiken notwendig machen, die auf viele sektorale Sonderbedingungen gleichermaßen passen müssen und deshalb auf keine einzelne genau passen können – allein deshalb, weil sie nur durch Kompromisse zwischen widerstreitenden Interessen zu Stande kommen können. Die dafür nötige interne Umverteilung verursacht Kosten, und ebenso lässt die ungenügende Passung allgemeiner Regeln auf spezielle Bedingungen Ressourcen ungenutzt. Größe und interne Vielfalt, früher Garanten äußerer Souveränität, haben heute vor allem zur Folge, dass sie Regierungen daran hindern, nationale Regelsysteme und politische Interventionen auf die besonderen Bedürfnisse von Kernsektoren abzustellen, die einem weltweiten Innovations- und Substitutionswettbewerb standhalten müssen.

Überlegungen dieser Art werfen ein interessantes Licht auf Deutschland. Die Entwicklung der Wirtschaft nach der Wiedervereinigung könnte als Beleg dafür die-

nen, dass unter den heutigen internationalen Wettbewerbsbedingungen einheitliche Regelwerke für heterogene Wirtschafts- und Branchenstrukturen verheerende Auswirkungen haben können. Dass 1990 das gesamte Institutionensystem der westdeutschen Bundesrepublik auf die DDR übertragen wurde, hat diese der Notwendigkeit enthoben und ihr gleichzeitig die Möglichkeit genommen, ein eigenes, auf ihre besondere wirtschaftliche Lage maßgeschneidertes Regelwerk zu entwickeln – wie dies etwa in Ungarn, Polen oder Tschechien der Fall war. Wenn heute das Brutto-Inlandsprodukt der seit fast anderthalb Jahrzehnten „neuen“ Länder unterhalb des portugiesischen liegt, so könnte dies auch darauf zurückgehen, dass die aus dem Westen importierten Institutionen eine aufholende sektorale Spezialisierung behinderten.

Zugleich stehen die zur Aufrechterhaltung einheitlicher Lebensverhältnisse erforderlichen Transfers für die Sicherung der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit im Westen des Landes nicht mehr zur Verfügung. Solidarische, den Lebensstandard der Bürger angleichende Umverteilung innerhalb eines großen und heterogenen Nationalstaats ist so lange kein Problem, wie Volkswirtschaften noch überwiegend Volkswirtschaften sind und potenziell mobile Produktionsfaktoren gezwungen werden können, im Lande zu bleiben. Beide Bedingungen sind heute nicht mehr gegeben.

Dass es zum Nachteil geworden ist, größer als Holland, aber kleiner zu sein als die USA, erklärt wohl auch das zunehmende Verlangen nach Dezentralisierung des deutschen Bundesstaats. Mehr Autonomie für die Bundesländer, so eine Analyse zur Arbeit der Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat, „könnte (...) die Anpassung rechtlicher Regeln an die besonderen Standortbedingungen und die Wirtschaftsstruktur des einzelnen Landes ermöglichen und so die Ausschöpfung von ökonomischen Spezialisierungsvorteilen begünstigen.“ Die heute notwendige Optimierung der „rechtlichen Rahmenbedingungen der Unternehmenstätigkeit“ könne „angesichts der heterogenen deutschen Wirtschaftsstruktur (und dementsprechend unterschiedlicher Interessen im Bundesrat) durch generell geltende Änderungen des einheitlichen Bundesrechts kaum geleistet werden.“ Deshalb seien „erweiterte Handlungsspielräume der Landesgesetzgeber (...) eine notwendige Vorbedingung höherer wirtschaftlicher Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.“

Spinnt man den Gedanken weiter, so kann man ihn durchaus auch auf die Vertretung regionaler Interessen nach außen beziehen. Den deutschen Bundesländern fehlt nicht nur die Möglichkeit, ihre Regelwerke – einschließlich etwa der Ausgestaltung von Sozialstaat und Tarifautonomie – auf die Bedürfnisse und Entwick-



lungschancen ihrer jeweiligen Wirtschaftsstruktur abzustimmen. Anders als die ähnlich großen Wirtschaftsräume der Niederlande, Dänemarks und Schwedens verfügen sie darüber hinaus auch nicht über das außenpolitische Instrumentarium souveräner Nationalstaaten, um ihre Position im internationalen Markt zu optimieren. Die Chemiepolitik der Europäischen Union sähe wohl anders aus, hätte nicht nur der Ministerpräsident von Schweden, sondern auch der von Nordrhein-Westfalen einen Sitz im Europäischen Rat.

### Lösungen, die zum Problem werden

Triebkräfte des Wandels sozialer Ordnungen sind Strategien kollektiven Handelns, die unter hoher Ungewissheit gewählt werden müssen und oft nicht mehr sind als Wetten auf eine erhoffte Zukunft. Ob sie gelingen und zu welchen gesellschaftlichen Strukturen sie sich am Ende verdichten, weiß man mit Sicherheit immer erst im Rückblick. Widerspruchsfrei und einzig möglich erscheinen soziale Formationen nur im Nachhinein; kaum eine Gegenwart, die nicht als Krise empfunden, und kaum eine Lösung, die nicht irgendwann auch zum Problem würde. Sektorale Spezialisierung soll staatlich organisierten Nationalgesellschaften einen Platz in einer sich über nationale Grenzen hinweg neu ordnenden Weltwirtschaft sichern; zugleich aber macht sie auf neue Weise verwundbar – nicht zuletzt, weil Spezialisierung oft nur um den Preis verminderter Anpassungsfähigkeit zu haben ist.

Auch andere Fragen bleiben offen. Reicht eine erweiterte Leistungsethik industrieller Distrikte – wie sie Marshall Ende des 19. Jahrhunderts beschrieben hat – aus, um moderne Gesellschaften zu integrieren und die Legitimität ihrer staatlichen Ordnung zu sichern? Können die entstehenden regionalen Zentren internationaler wirtschaftlicher Exzellenz wirklich alle Mitglieder ihrer jeweiligen Gesellschaft beschäftigen, oder doch nur einen Teil? Wie können diejenigen, die dem verschärften Leistungswettbewerb nicht gewachsen sind, in einer Leistungsgesellschaft ohne umverteilenden Sozialstaat einen Platz finden? Welche Möglichkeiten gibt es überhaupt noch, der zunehmenden Ungleichheit zwischen erfolgreichen und erfolglosen Regionen der Weltwirtschaft durch eine investive internationale Sozialpolitik zu begegnen? Antworten hierauf kann letztlich nur die Praxis finden. Der Beitrag der Wissenschaft ist es vor allem, die richtigen Fragen zu stellen. ●

WOLFGANG STREECK ist Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Der Beitrag ist die gekürzte und bearbeitete Fassung des Festvortrags, gehalten auf der Hauptversammlung 2004 der Max-Planck-Gesellschaft in Stuttgart.